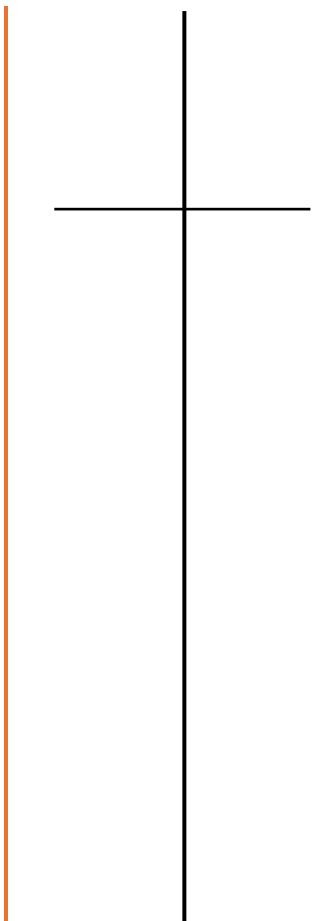


Gemeinde Diemelsee



Im Trauerfall

Stand: 01.01.2025

Was bei einem Todesfall zu beachten ist:

Kontakt mit dem Arzt

Rufen Sie einen Arzt, der den Tod feststellt und bescheinigt.

Kontakt mit dem Bestattungsinstitut

Bestellen Sie ein Bestattungsinstitut Ihrer Wahl für die Überführung zum Friedhof/Krematorium und ggf. für die Erledigung weiterer Formalitäten (Beurkundung, Terminabstimmung Beerdigung mit Gemeinde und Pfarrer, ...)

Dokumente

Das Standesamt benötigt je nach Familienstand verschiedene Unterlagen. Nehmen Sie bitte Kontakt zum Standesamt oder zum Bestattungsinstitut auf.

Beisetzung

Die Trauerfeier kann in den Friedhofskapellen der jeweiligen Ortsteile der Gemeinde Diemelsee stattfinden, bevor die verstorbene Person zum Grab geleitet wird.

Kontakt

Friedhofsamt

Frau Schiemann

Tel. 05633/9899-14

rebekka.schiemann@diemelsee.de

Evangelisches Pfarramt

Pfarrerin Anna Heyser

Tel. 05633/896

pfarramt.flechtdorf@ekkw.de

Standesamt Korbach

Tel. 05631/53710

standesamt@korbach.de

Katholisches Pfarramt

Pfarrer Bernd Conze

Tel. 05631/81181

pfarrbuero@pv-kb.de

Bestattungsformen und Gebühren

Im Nachfolgenden finden Sie die Bestattungsformen mit den entsprechenden Gebühren auf den Friedhöfen in Diemelsee gemäß der aktuell gültigen Friedhofssatzung und Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Diemelsee ab dem 01.01.2025 (siehe unter <https://gemeinde-diemelsee.de>, Rubrik: Gemeinde & Verwaltung, bei Ortsrecht/Satzungen) oder über den QR-Code:



Wichtige Informationen in Kürze:

- Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzumelden.
- Ort und Zeit der Bestattung werden durch die Friedhofsverwaltung festgelegt.
- Nutzungsrechte an Reihengräbern und Erdrasengräbern betragen 25 Jahre und an Wahl-, Urnenrasen- und Baumgräbern 30 Jahre.
- Grabstellen sind 6 Monate nach der Beisetzung würdig herzurichten und für die Nutzungszeit zu pflegen.
- Grabmale sowie Grabeinfassungen bedürfen bei Errichtung (oder Veränderung) einer Genehmigung durch die Friedhofsverwaltung und sind nach Errichtung durch Nutzungsberechtigte ständig auf Standsicherheit zu überprüfen.
- Platten als Einfriedungen werden seitens der Gemeinde Diemelsee ab 2025 nicht mehr verlegt.

Erdbestattungen

Beisetzungen von Verstorbenen in einem Grab in der Erde. In Diemelsee kommen hierfür Reihen-, Wahl- und Erdrasengräber in Betracht.

Reihengräber

Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt werden.

- Maße: Länge 2,20 m – 2,40 m/ Breite 0,90 m – 1,00 m
- nicht verlängerbar
- Einzelgrabstätte
- Grabstein und Einfassung
- Nutzungsrecht: 25 Jahre
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 900 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte): 380 €
 - c) Beisetzungsgebühren Erdgrab: 570 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung: 45 €
- Summe:** 2.062 €

- Pflegeaufwand: mittel
- Grabschmuck: erlaubt



Wahlgräber

Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, für die ein Nutzungsrecht von 30 Jahren verliehen wird.

- einstellig oder mehrstellig
- verlängerbar
- Grabstein und Einfassung
- anstelle einer Erdbestattung ist maximal eine Urnenbeisetzung auf unbelegter Grabstelle möglich

Einstellige Wahlgräber:

- Maße: siehe Reihengräber
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 1.050 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte): 380 €
 - c) Beisetzungsgebühren Erdgrab: 570 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung: 45 €
 - f) ggf. Verlängerungsgebühr je Verlängerungsjahr: 35 €

Summe: 2.212 €

- Pflegeaufwand: mittel
- Grabschmuck: erlaubt

Zweistellige Wahlgräber:

- Maße: Länge 2,20 m – 2,40 m/ Breite 1,80 m – 2,40 m
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 1.860 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte) 510 €
 - c) Beisetzungsgebühren Erdgrab, je Beisetzung: 570 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung/Veränderung: 45 €
 - f) ggf. Verlängerungsgebühr je Verlängerungsjahr: 62 €

Summe: 3.152 €

- Pflegeaufwand: hoch
- Grabschmuck: erlaubt



Erdrasengräber

Erdrasengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt werden.

- Maße siehe Reihengräber
- nicht verlängerbar
- Einzelgrabstätte
- kein Grabstein und Einfassung, sondern Platte mit den Maßen 30 cm x 40 cm oder 40 cm x 40 cm mit Mindeststärke von 5 cm wie bei Urnenrasen- und Baumgrabstätten
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 1.000 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte): 170 €
 - c) Beisetzungsgebühren Erdgrab: 570 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung: 45 €
- Summe: 1.952 €**
- Pflegeaufwand: keiner
- Grabschmuck: **nicht** erlaubt

Feuerbestattungen

Beisetzungen der Asche von Verstorbenen in einer Urne in der Erde. In Diemelsee kommen hierfür **Urnreihen-**, **Urnwahl-**, **Urnrasen-** und **Baumgräber** sowie **anonyme Urnengrabstätten** in Betracht. Hierbei besteht grundsätzlich ein geringerer Pflegeaufwand sowie geringere Kosten.

Urnenreihengräber

Urnenreihengräber sind Grabstätten für Feuerbestattungen, die der Reihe nach belegt werden.

- Maße: Länge 1,00 m / Breite 1,00 m
- nicht verlängerbar
- Einzelgrabstätte
- Grabstein und Einfassung
- Nutzungsrecht: 25 Jahre
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 600 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte): 340 €
 - c) Beisetzungsgebühren Urne: 220 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung: 45 €
- Summe:** 1.372 €

- Pflegeaufwand: gering bis mittel
- Grabschmuck erlaubt



Urnenwahlgräber

Urnenwahlgräber sind Grabstätten für Feuerbestattungen, für die ein Nutzungsrecht von 30 Jahren verliehen wird.

- Maße: Länge 1,00 m / Breite 1,50 m
- bis zu zwei Urnen
- Grabstein und Einfassung
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 1.140 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte): 370 €
 - c) Beisetzungsgebühren Urne, je Beisetzung: 220 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung/Veränderung: 45 €
 - f) ggf. Verlängerungsgebühr je Verlängerungsjahr: 38 €

Summe: 1.775 €

- Pflegeaufwand: mittel
- Grabschmuck erlaubt



Urnenrasengräber

Urnenrasengräber sind Grabstätten für Feuerbestattungen, für die ein Nutzungsrecht von 30 Jahren verliehen wird.

- Maße: Länge 0,90 m / Breite 0,90 m
- bis zu zwei Urnen
- kein Grabstein und Einfassung, sondern Platte mit den Maßen 30 cm x 40 cm oder 40 cm x 40 cm mit Mindeststärke von 5 cm wie bei Erdrasen- und Baumgrabstätten
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 1.080 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte): 170 €
 - c) Beisetzungsgebühren Urne, je Beisetzung: 220 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung/Veränderung: 45 €
 - f) ggf. Verlängerungsgebühr je Verlängerungsjahr: 35 €

Summe: 1.515 €

- Pflegeaufwand: keiner
- Grabschmuck: **nicht** erlaubt



Baumgräber

Baumgräber sind Grabstätten für Feuerbestattungen, für die ein Nutzungsrecht von 30 Jahren verliehen wird.

- Maße: Länge 0,90 m / Breite 0,90 m
- Bis zu zwei Urnen
- kein Grabstein und Einfassung, sondern Platte mit den Maßen 30 cm x 40 cm oder 40 cm x 40 cm mit Mindeststärke von 5 cm wie bei Erdrasen- und Urnenrasengrabstätten an einem Baum
- Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 1.470 €
 - b) Grabräumungsgebühren (bei Überlassung Grabstätte) 170 €
 - c) Beisetzungsgebühren Urne, je Beisetzung: 220 €
 - d) Friedhofskapelle/Leichenhalle (40 € - 167 €, Bsp. Adorf): 167 €
 - e) Grabmalgenehmigung/Veränderung: 45 €
 - f) ggf. Verlängerungsgebühr je Verlängerungsjahr: 49 €
- Summe: 1.905 €**
- Pflegeaufwand: keiner
- Grabschmuck: **nicht** erlaubt



Anonyme Urnengräber

Anonyme Urnengräber sind Grabstätten für Feuerbestattungen, für die ein Nutzungsrecht von 25 Jahren verliehen wird (grundsätzlich nur auf den Friedhöfen Adorf und Flechtdorf).

- Maße: Länge 0,90 m / Breite 0,90 m
 - nicht verlängerbar
 - Einzelgrabstelle
 - Kosten:
 - a) Grabnutzungsgebühren: 800 €
 - b) Beisetzung Gebühren Urne: 220 €
 - Summe: 1.020 €**
- Pflegeaufwand: keiner
 - Grabschmuck: **nicht** möglich, Grabstelle bleibt für Angehörige unbekannt



Bei weiteren Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Frau Schiemann
rebekka.schiemann@diemelsee.de
05633/9899-14

Herr Moor
viktor.moor@diemelsee.de
05633/9899-23

Anhang:

- Gebührenübersicht
- Friedhofsordnung
- Gebührenordnung zur Friedhofsordnung

**Friedhofsgebührenübersicht Gemeinde Diemelsee
ab 01.01.2025**

Grabnutzungsgebühren:

Reihengrab für Verstorbene über 6 Jahre (Erdeinzelgrab)	900,00 €
Reihengrab für Verstorbene bis 6 Jahre (Kindergrab)	300,00 €
Wahlgrabstätte zweistellig	1.860,00 €
Verlängerung je Verlängerungsjahr 1/30	62,00 €
Urneneinhengrabstätte (Urneneinzelgrab)	600,00 €
Urneneinhengrabstätte (Urnendoppelgrab)	1.140,00 €
Verlängerung je Verlängerungsjahr 1/30	38,00 €
anonyme Urnengrabstätte (einschließlich Pflegepauschale 25 J.)	800,00 €
Urneneinhengrabstätte (bis zu 2 Urnen)	1.080,00 €
Verlängerung je Verlängerungsjahr 1/30	36,00 €
Baumgrab (bis zu 2 Urnen)	1.470,00 €
Verlängerung je Verlängerungsjahr 1/30	49,00 €
Erdrasengrab (Einzelgrabstätte)	1.000,00 €
Wahlgrab einstellig	1.050,00 €
Verlängerung je Verlängerungsjahr 1/30	35,00 €

Beisetzungsgebühren:

Beisetzung Erdgrab	570,00 €
Samstagszuschlag Erdgräber*	300,00 €
Beisetzung Urne	220,00 €
Samstagszuschlag Urnengräber*	150,00 €
Beisetzung Erdgrab für Verstorbene bis 6 Jahre	215,00 €

*Samstagsbeisetzung nur in begründeten Ausnahmefällen

**Nutzung Friedhofskapellen, Leichenhallen, Sargkammern ohne
Reinigung:**

Friedhofskapelle Adorf	130,00 €
Friedhofskapelle Flechtdorf und Rhenegge	110,00 €
Friedhofskapelle Benkhausen und Heringhausen	90,00 €
Sargkammer Ad/De/Gi/Ot/St/Vas/Wi	40,00 €
Unterstellen einer Leiche, wenn Bestattung nicht in Diemelsee	53,00 €
Benutzung Kühlung Friedhofskapelle Adorf / pro Tag	10,00 €
Reinigung Friedhofskapellen	37,00 €
Reinigung Sargkammern / Leichenhallen	25,00 €

Pflegegebühr bei vorzeitiger Einebnung / Grabräumung:

Genehmigung vorzeitige Einebnung/Grabräumung (vorzeitige Einebnungen sind nur auf Antrag nach Genehmigung möglich)	45,00 €
Pflegegebühr vor Ablauf Ruhefrist eingeebnetem Urneneinzelgrab / pro Jahr	25,00 €
Pflegegebühr vor Ablauf Ruhefrist eingeebnetem Urnendoppelgrab / pro Jahr	35,00 €
Pflegegebühr vor Ablauf Ruhefrist eingeebneter Kindergrabstätte / pro Jahr	35,00 €
Pflegegebühr vor Ablauf Ruhefrist eingeebnetem Einzelgrab / pro Jahr	40,00 €
Pflegegebühr vor Ablauf Ruhefrist eingeebnetem Doppelgrab / pro Jahr	70,00 €
Pflegegebühr vor Ablauf Ruhefrist eingeebneter weiterer Grabstellen / pro Jahr	30,00 €

Gebühren für Grabräumung bei Überlassung:

Urnensreihegrabstätte	340,00 €
Urnenswahlgrabstätte	370,00 €
Urnensrasengrab-, Baumgrab-, Erdrasengrabstätte	170,00 €
Reihengrab-, Wahlgrabstätte einstellig	380,00 €
Wahlgrabstätte zweistellig	510,00 €
jede weitere Stelle bei Wahlgrabstätte mehrstellig	180,00 €

Gebühren für Räumung (Einebnung):

Urnensreihegrabstätte	280,00 €
Urnenswahlgrabstätte	300,00 €
Urnensrasengrab-, Baumgrab-, Erdrasengrabstätte	140,00 €
Reihengrab-, Wahlgrabstätte einstellig	310,00 €
Wahlgrabstätte zweistellig	420,00 €
Wahlgrabstätte dreistellig	570,00 €
jede weitere Stelle bei Wahlgrabstätte mehrstellig	150,00 €

Verwaltungsgebühren:

Prüfung und Zustimmung Umbettung	90,00 €
Genehmigung Errichtung/Veränderung Grabmal oder Grabeinfassung	45,00 €
Genehmigung vorzeitige Grabräumung (Einebnung)	45,00 €
Genehmigung Bestattung nicht bestattungsberechtigter (ortsfremder) Personen	90,00 €
Genehmigung Wiedererwerb / Verlängerung Wahlgrabstätte	60,00 €
Übertragung Nutzungsrecht	30,00 €
Grabkundenabschrift	10,00 €
sonstige Leistungen, je angefangener Stunde	60,00 €



FRIEDHOFSORDNUNG

der Gemeinde Diemelsee

Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung v. 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und anderer Vorschriften aus Anlass der Corona-Pandemie vom 11.12.2020 (GVBl. S. 915) i.V.m. § 2 Abs. 3 Satz 1 des Friedhofs- und Bestattungsgesetzes (FBG) v. 05.07.2007 (GVBl. I S. 338), zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.08.2018 (GVBl. I S. 381) hat die Gemeindevorstellung der Gemeinde Diemelsee in der Sitzung vom 08.11.2024 für die Friedhöfe der Gemeinde Diemelsee folgende

Satzung (Friedhofsordnung)

beschlossen:

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

Diese Friedhofsordnung gilt für alle im Bereich der Gemeinde Diemelsee gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe.

§ 2 Verwaltung des Friedhofes

Die Verwaltung der Friedhöfe obliegt dem Gemeindevorstand, im folgenden Friedhofsverwaltung genannt, unter Anhörung der Ortsbeiräte.

§ 3 Friedhofszweck und Bestattungsberechtigte

- (1) Die Friedhöfe dienen der Bestattung und der Pflege der Gräber im Andenken an die Verstorbenen.
- (2) Gestattet ist die Bestattung folgender Personen, die
 - a) bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeinde Diemelsee waren oder
 - b) ein Recht auf Benutzung einer Grabstätte auf dem Friedhof hatten oder
 - c) innerhalb des Gemeindegebiets verstorben sind und nicht auf einem Friedhof außerhalb der Gemeinde beigesetzt werden oder
 - d) frühere Einwohnerinnen und Einwohner waren und zuletzt in einem Pflegeheim oder einer ähnlichen Einrichtung außerhalb der Gemeinde gelebt haben oder
 - e) totgeborene Kinder, die mit einem Geburtsgewicht von mindestens 500 Gramm oder nach der 24. Schwangerschaftswoche geboren wurden.

Die Bestattung derjenigen Personen, die bei ihrem Ableben Einwohnerinnen oder Einwohner der Gemeinde waren, erfolgt in der Regel auf dem Friedhof des Ortsteils, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz hatten.

- (3) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht. Totgeborene Kinder und Föten, die die Voraussetzungen in Abs. 2 e) nicht erfüllen, können auf Wunsch einer oder eines Angehörigen bestattet werden.

§ 4 Begriffsbestimmung

- (1) Unter einer **Grabstätte** ist ein für Bestattungen oder Beisetzungen vorgesehener, genau bestimmter Teil des Friedhofsgrundstückes mit dem darunterliegenden Erdreich zu verstehen. Eine Grabstätte kann eine (Reihen-) oder mehrere (Wahl-) Grabstellen umfassen.

- (2) Unter einer **Grabstelle** ist der Teil der Grabstätte zu verstehen, der der Aufnahme einer menschlichen Leiche bzw. bei Urnengrabstätten einer Aschenurne dient.
- (3) Unter einer **Leiche** wird der tote Körper eines Menschen verstanden. Die nähere Bestimmung ergibt sich aus § 9 Abs. 2 FBG.
- (4) **Nutzungsberechtigter** ist derjenige, dem eine Grabstätte überlassen bzw. im Wege der Rechtsnachfolge übertragen wurde.
- (5) Die **Nutzungszeit** ist die Laufzeit einer Grabstätte, für die das Nutzungsrecht erworben, wiedererworben oder verlängert wurde.
- (6) Die **Ruhefrist** ist die Zeitspanne, innerhalb derer die Grabstelle nicht erneut belegt werden darf.

§ 5 Schließung und Entwidmung

- (1) Ein Friedhof und Friedhofsteile können geschlossen oder entwidmet werden.
- (2) Durch die Schließung sind weitere Bestattungen nicht möglich. Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofs als Ruhestätte der Toten verloren. Die Entwidmung ist erst mit Wirkung von dem Zeitpunkt an zulässig, zu dem sämtliche Ruhefristen der auf dem Friedhof vorgenommenen Beisetzungen abgelaufen sind.
- (3) Die Schließung und Entwidmung sind öffentlich bekannt zu machen.

II. Ordnungsvorschriften

§ 6 Öffnungszeiten

Die Friedhöfe sind während der durch die Friedhofsverwaltung festgesetzten Zeiten für den Besuch geöffnet. Die Öffnungszeiten werden durch Aushang an den Friedhofeingängen bekanntgegeben. Sonderregelungen können durch die Friedhofsverwaltung getroffen werden. Das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile kann durch die Friedhofsverwaltung aus besonderem Anlass eingeschränkt oder vorübergehend untersagt werden.

§ 7 Nutzungsumfang

- (1) Jede Friedhofsbesucherin oder jeder Friedhofsbesucher hat sich der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen des aufsichtsbefugten Friedhofspersonals ist Folge zu leisten. Kinder unter 10 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (2) Nicht gestattet ist innerhalb des Friedhofs:
- a) das Befahren der Wege mit Fahrzeugen aller Art, soweit nicht eine besondere Erlaubnis hierzu erteilt ist; ausgenommen von diesem Verbot sind Kinderwagen und Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung oder gewerblich Tätiger i.S.d. § 9,
 - b) Waren aller Art und gewerbliche Dienste anzubieten,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) die Erstellung oder Verwertung von Film-, Ton-, Video- oder Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken,
 - e) Plakate anzubringen bzw. Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind sowie Plakate und Informationsschriften der Friedhofsverwaltung,
 - f) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen und zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten unberechtigterweise zu betreten,
 - g) Abraum und Abfälle aller Art außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze abzulegen,
 - h) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blinden- und Assistenzhunde,
 - i) abgesehen von Trauerfeiern Musikinstrumente zu spielen oder Tonwiedergabegeräte für Dritte hörbar zu betreiben.
- Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- (3) Totengedenkeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind spätestens eine Woche vor Durchführung anzumelden.

§ 8 Sitzgelegenheiten

Ruhebänke und Stühle sowie sonstige Sitzgelegenheiten dürfen nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung an oder auf Grabstätten aufgestellt werden.

§ 9 Gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof

- (1) Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof (insbesondere Steinmetze, Steinbildhauer, Gärtner, Bestatter, Tischler) bedürfen, soweit nicht Arbeiten im Auftrag der Friedhofsverwaltung durchgeführt werden, der vorherigen Zulassung durch die Friedhofsverwaltung.
- (2) Tätig werden dürfen Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind.
- (3) Die gewerblichen Tätigkeiten müssen mit dem Friedhofsziel vereinbar sein und dürfen Bestattungsfeierlichkeiten nicht stören.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann die Zulassung davon abhängig machen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller einen für die Ausführung ihrer oder seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz nachweist.
- (5) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofsordnung zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit einer Tätigkeit auf dem Friedhof schulhaft verursachen.
- (6) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur werktags innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Arbeiten sind frühestens um 7.00 Uhr aufzunehmen und eine halbe Stunde vor Schließung des Friedhofs, spätestens um 20.00 Uhr zu beenden. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
- (7) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur an den von der Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen vorübergehend gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in Ordnung zu bringen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
- (8) Gewerbetreibenden, die wiederholt oder schwerwiegend gegen diese Friedhofssatzung verstößen, kann die Ausübung ihrer Tätigkeiten von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der

Gewerbetreibende nach vorheriger Mahnung gegen die für die Friedhöfe geltenden Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 10 Bestattungen

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen anzumelden.
- (2) Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Ort und Zeit der Bestattung werden durch die Friedhofsverwaltung festgelegt. Dabei werden Wünsche der für die Bestattung sorgepflichtigen Personen nach Möglichkeit berücksichtigt.
- (4) Bestattungen finden von Montag bis Freitag bis 16.00 Uhr statt. An Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen finden keine Bestattungen statt. In begründeten Fällen sind mit Genehmigung der Friedhofsverwaltung Ausnahmen an Samstagen zulässig.

§ 11 Leichenhalle und Beschaffenheit der Särge und Urnen

- (1) Die Leichenhalle dient der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Sie darf nur in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals oder mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Leichen müssen spätestens 36 Stunden nach dem Eintritt des Todes, jedoch nicht vor Ausfüllung des Leichenschauscheines oder einer Todesbescheinigung in die Leichenhalle des Friedhofs oder eine sonstige am Begräbnisort verfügbare öffentliche Leichenhalle gebracht werden. Als öffentliche Leichenhallen gelten auch die Leichenhallen von Krematorien, Krankenhäusern, Bestattungsunternehmen und Pathologischen sowie Rechtsmedizinischen Instituten.
- (3) Leichen sind in verschlossenen Särgen in die Leichenhalle zu verbringen. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Die Särge und Urnen dürfen nicht aus Metall, Kunststoff oder sonstigen schwer vergänglichen

Stoffen hergestellt werden. Für die Bestattungen sind zur Vermeidung von Umweltbelastungen und zur besseren Verwesung nur Särge aus leicht abbaubarem Material (z.B. Vollholz) zu verwenden. Entsprechendes gilt für Sargzubehör und –ausstattung sowie für die Kleidung der Leiche. Die Regelung des § 15 S. 2 FBG bleibt hiervon unberührt.

- (4) Die Särge werden spätestens 15 Minuten vor Beginn der Trauerfeier bzw. der Bestattungszeit geschlossen und dürfen nicht mehr geöffnet werden. Die sarglose Bestattung aus religiösen Gründen gem. § 18 Abs. 2 FBG bleibt unberührt. Bis dahin können die Angehörigen den Verstorbenen, sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, nach vorausgegangener Absprache mit dem Friedhofspersonal oder der Friedhofsverwaltung sehen.
- (5) Die Gemeinde haftet nicht für den Verlust von Wertgegenständen, die den Leichen beigegeben worden sind.
- (6) Trauerfeiern können im Aufbahrungsraum der Leichenhalle in einem dafür bestimmten Raum (Friedhofskapelle), am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden.
- (7) Für den Transport des Sarges zur Grabstätte haben die Hinterbliebenen zu sorgen.

§ 12 Grabstätte und Ruhefrist

- (1) Die Gräber werden nur durch das Friedhofspersonal bzw. durch Beauftragte der Friedhofsverwaltung ausgehoben, geöffnet und geschlossen.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Sargoberkante mindestens 0,90 m, bis zur Urnenoberkante mindestens 0,50 m.
- (3) Werden bei der Wiederbelegung einer Grabstätte beim Ausheben Leichenteile, Sargteile oder sonstige Überreste gefunden, so sind diese mindestens 0,30 m unter die Sohle des neuen Grabes zu verlegen oder gem. § 6 Abs. 3 FBG in geeigneter Weise innerhalb des Friedhofs, z.B. in einer Gemeinschaftsgrabstelle dem Erdboden einzuverleiben. Dies gilt auch für Ascheurnen.
- (4) Die Ruhefrist bis zur Wiederbelegung einer Grabstelle beträgt für Leichen und Aschen 25 Jahre. Die Mindestruhefrist beträgt 15 Jahre.

§ 13 Totenruhe und Umbettung

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der Regelung in § 26 FBG und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur auf Antrag und bei Vorliegen eines besonderen Grundes erteilt werden. Umbettungen aus einer Reihengrabstätte/Urnensrehengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte/Urnensrehengrabstätte sind innerhalb der Gemeinde nicht zulässig.
- (3) Alle Umbettungen werden von der Friedhofsverwaltung bzw. durch von ihr Beauftragte durchgeführt. Die Friedhofsverwaltung bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Nach Rücksprache mit der Friedhofsverwaltung kann die Umbettung auf Antrag durch einen Bestatter/Dritten erfolgen.
- (4) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat die Antragstellerin oder der Antragsteller zu tragen.
- (5) Der Ablauf der Ruhefrist und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

IV. Grabstätten

§ 14 Grabarten

- (1) Auf den Friedhöfen werden folgende Arten von Grabstätten zur Verfügung gestellt:
 - a) **Reihengrabstätten** (Einzelgrabstätte - nicht verlängerbar)
 - b) **Wahlgrabstätten** (ein- und mehrstellige Grabstätte - verlängerbar)
 - c) **Urnensrehengrabstätten** (Einzelgrabstätte - nicht verlängerbar)
 - d) **Urnenswahlgrabstätten** (bis zu zwei Urnen - verlängerbar)
 - e) **anonyme Urnenbeisetzungen**, grundsätzlich nur auf den Friedhöfen Adorf und Flechtdorf (Einzelgrabstätte - nicht verlängerbar)
 - f) **Gemeinschaftliche Bestattungsanlage für totgeborene Kinder und Föten**
 - g) **Urnengrasengrabstätten** (bis zu zwei Urnen - verlängerbar)
 - h) **Baumgrabstätten** (bis zu zwei Urnen - verlängerbar)
 - i) **Erdrasengrabstätten** (Einzelgrabstätte - nicht verlängerbar)

- (2) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
- (3) Die Beisetzung ist auf den Friedhöfen möglich, sofern auf diesen die Voraussetzungen für die entsprechende Grabart vorliegen und ein Grabfeld ausgewiesen wurde.
Es besteht kein Anspruch auf jede in Abs. 1 genannte Grabart auf allen Friedhöfen der Gemeinde Diemelsee.

§ 15 Nutzungsrechte an Grabstätten

- (1) Nutzungsrechte an Grabstätten können nur nach Maßgabe dieser Friedhofsordnung begründet werden. Sie sind öffentlich-rechtlicher Natur und ein räumlich abgegrenzter Teil der Erdoberfläche. Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofseigentümers.
- (2) Bei Streitigkeiten zwischen den Beteiligten über Rechte an Grabstätten, über die Verwaltung oder Gestaltung einer Grabstätte oder eines Grabmals kann die Friedhofsverwaltung bis zur gütlichen Einigung oder rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über diese Streitigkeiten die erforderlichen vorläufigen Regelungen treffen.

§ 16 Grabbelegung

- (1) In jeder Grabstelle darf während des Laufs der Ruhefrist grundsätzlich nur eine Erdbestattung oder Urnenbestattung vorgenommen werden.
- (2) Es ist zulässig, eine mit ihrem neugeborenen Kind verstorbene Mutter oder zwei zur gleichen Zeit in ihrem ersten Lebensjahr verstorbene Kinder in einem Sarg beizusetzen.

§ 17 Verlegung von Grabstätten

Aus zwingenden Gründen des öffentlichen Rechts kann die Friedhofsverwaltung Grabstätten verlegen. Die Leichen oder Aschenreste sind in diesen Fällen in eine andere Grabstätte gleicher Art umzubetten. Grabmale und sonstige Grabausstattungen sind umzusetzen. Die Kosten der Maßnahme trägt der Veranlasser.

A. Reihengrabstätten

§ 18 Definition der Reihengrabstätte

Reihengrabstätten sind Grabstätten für eine Erdbestattung. Sie werden der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist (25 Jahre) des zu Bestattenden zugeteilt. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an einer Reihengrabstätte oder eine Verlängerung des Nutzungsrechts ist nicht möglich.

§ 19 Maße der Reihengrabstätte

- (1) Es werden eingerichtet:
 - a) Reihengrabstätten für die Beisetzung Verstorbener bis zum vollendeten 5. Lebensjahr,
 - b) Reihengrabstätten für die Beisetzung Verstorbener ab vollendetem 5. Lebensjahr.
- (2) Die Reihengrabstätten haben folgende Maße:
 1. Für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr
Länge: 1,20 m
Breite: 0,70 m
 2. Für Verstorbene ab dem vollendetem 5. Lebensjahr
Länge: 2,20 m - 2,40 m
Breite: 0,90 m - 1,00 m
- (3) Der Abstand zwischen den Reihengrabstätten beträgt 0,30 m bis 0,40 m.

§ 20 Wiederbelegung und Abräumung

- (1) Über die Wiederbelegung von Reihengrabstätten, für die die Ruhefrist abgelaufen ist, entscheidet die Friedhofsverwaltung.
- (2) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen vor der Wiederbelegung ist 2 Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu machen. Soweit vorhanden, wird zusätzlich in den Aushangkästen auf die Abräumung hingewiesen.

B. Wahlgrabstätten

§ 21 Definition, Entstehung und Übergang des Nutzungsrechtes

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Auf Verleihung eines Nutzungsrechts an einer Wahlgrabstätte besteht kein Rechtsanspruch. Wünsche des Erwerbers bezüglich der Lage der Wahlgrabstätte werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Der Erwerb eines Nutzungsrechts ist nur möglich anlässlich eines Todesfalles und umfasst die gesamte Grabstätte. Das Nutzungsrecht kann in der Regel einmal wiedererworben oder verlängert werden. Wiedererwerb oder Verlängerung sind nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Ein Rechtsanspruch auf Verlängerung oder Wiedererwerb besteht nicht. Eine Ausnahme hiervon gilt bei der Verlängerung oder dem Wiedererwerb bezüglich einer nicht voll belegten Wahlgrabstätte.
- (2) Unter einem Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte ist die Einräumung einer zweiten Nutzungszeit zu verstehen. Der Antrag kann frühestens sechs Monate vor Ablauf des Nutzungsrechtes gestellt werden.

Die Verlängerung des Nutzungsrechtes umfasst einen kürzeren Zeitraum als die komplette Nutzungszeit.

Der Wiedererwerb und die Verlängerung ist von der Entrichtung einer entsprechenden Gebühr gemäß Friedhofsgebührenordnung abhängig.

- (3) Es werden ein- und mehrstellige Wahlgrabstätten abgegeben. Nach Ablauf der Ruhefrist einer Leiche kann in der betreffenden Grabstelle eine weitere Beisetzung erfolgen, wenn die restliche Nutzungszeit die Ruhefrist erreicht oder das Nutzungsrecht wiedererworben bzw. mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist verlängert worden ist.
- (4) Anstelle einer Erdbestattung kann maximal 1 Urne in einer nicht belegten Grabstelle beigesetzt werden.
- (5) Über den Erwerb des Nutzungsrechtes wird eine Verleihungsurkunde ausgehändigt. Die oder der Nutzungsberchtigte hat das Recht auf Beisetzung nach seinem Ableben sowie im Falle des Erwerbs einer mehrstelligen Wahlgrabstätte das Recht auf Beisetzung ihrer oder seiner verstorbenen Angehörigen in dem Wahlgrab. Angehörige im Sinne dieser Bestimmung sind:

1. Ehegatten,
2. Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz,
3. Verwandte auf- und absteigender Linie, angenommene Kinder und Geschwister,
4. Ehegatten und Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz der unter Abs. 4 Nr. 3 bezeichneten Personen.

Die Beisetzung anderer Personen in dem Wahlgrab bedarf der Einwilligung der Friedhofsverwaltung.

- (5) Das Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte kann nur mit Einwilligung der Friedhofsverwaltung und nur auf Angehörige im Sinne des § 21 Abs. 4 übertragen werden.
- (6) Die Erwerberin oder der Erwerber einer Wahlgrabstätte soll für den Fall ihres oder seines Ablebens ihre Nachfolgerin oder seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen. Diese oder dieser ist aus dem in § 21 Abs. 4 aufgeführten Personenkreis zu benennen. Wird keine Regelung getroffen oder verzichtet eine bestimmte Person, so geht das Nutzungsrecht in der in § 21 Abs. 4 genannten Reihenfolge auf die Angehörigen der verstorbenen Erwerberin oder des verstorbenen Erwerbers über. Innerhalb der einzelnen Gruppen wird jeweils die oder der Älteste nutzungsberechtigt. Das gleiche gilt beim Tod einer oder eines Nutzungsberechtigten, auf den das Nutzungsrecht früher übergegangen war.
- Jede Person, auf die ein Nutzungsrecht übergeht, kann durch Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung auf das Nutzungsrecht verzichten.
- (7) Das Recht auf Beisetzung in einer Wahlgrabstätte läuft mit der Nutzungszeit ab. Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung jedoch nur stattfinden, wenn die Ruhefrist für diese Beisetzung die Nutzungszeit nicht übersteigt oder das Nutzungsrecht wiedererworben bzw. mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist für diese Beisetzung verlängert worden ist.

§ 22 Maße der Wahlgrabstätte

Jede Grabstelle einer Wahlgrabstätte hat folgende Maße:

Länge: 2,20 m - 2,40 m Breite: 0,90 m - 1,20 m

In bestehenden Grabreihen sind die Maße an die bereits vorhandenen Gräber anzupassen und in neu angelegten Grabreihen mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen.

Der Abstand zwischen den Wahlgrabstätten beträgt 0,30 m bis 0,40 m.

C. Urnengrabstätten

§ 23 Formen der Aschenbeisetzung

- (1) Aschen dürfen beigesetzt werden in
 - a) Urnenreihengrabstätten,
 - b) Urnenwahlgrabstätten,
 - c) Urnenrasengrabstätten,
 - d) Grabstätten für Erdbestattungen mit Ausnahme der Reihengrabstätten,
 - e) einem Feld für anonyme Urnenbeisetzungen,
 - f) Baumgrabstätten.
- (2) In Urnenreihengrabstätten, in Urnenwahlgrabstätten, Urnenrasengrabstätten, in einem Feld für anonyme Urnenbeisetzungen, Baumgrabstätten und in Grabstätten für Erdbestattungen können Aschenurnen nur unterirdisch beigesetzt werden.

§ 24 Definition der Urnenreihengrabstätte

- (1) Urnenreihengrabstätten sind für Urnenbestattungen einer Urne bestimmte Grabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist (25 Jahre) zur Beisetzung einer Aschenurne abgegeben werden. Eine Verlängerung des Nutzungsrechts oder ein Wiedererwerb ist nicht möglich.
- (2) Die Urnenreihengrabstätten haben folgende Maße:

Länge: 1,00 m Breite: 1,00 m.

Der Abstand zwischen den Urnenreihengrabstätten beträgt 0,30 m bis 0,40 m.

In bestehenden Grabreihen sind die Maße an die bereits vorhandenen Gräber anzupassen und in neu angelegten Grabreihen mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen.

§ 25 Definition der Urnenwahlgrabstätte

- (1) Urnenwahlgrabstätten sind für Urnenbestattungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) für die Beisetzung von bis zu zwei Urnen verliehen wird.
- (2) Die zweistelligen Urnenwahlgrabstätten haben folgende Maße:

Länge: 1,00 m Breite: 1,50 m.

Der Abstand zwischen den Urnenwahlgrabstätten beträgt 0,30 m bis 0,40 m.

In bestehenden Grabreihen sind die Maße an die bereits vorhandenen Gräber anzupassen und in neu angelegten Grabreihen mit der Friedhofsverwaltung ab- zustimmen.

§ 26 Verweisungsnorm

Die Vorschriften dieser Friedhofsordnung über Reihen- und Wahlgrabstätten für Erdbestattungen gelten für Urnengrabstätten entsprechend, soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts Abweichendes ergibt.

§ 27 Feld für anonyme Urnenbeisetzungen

Bei der Beisetzung einer Aschenurne in einem Feld für anonyme Bestattungen wird eine Einzelgrabstelle (Maße: 90 x 90 cm) erworben, die als Beisetzungsstelle nicht besonders kenntlich gemacht wird. Das Grabfeld wird als einheitliche Rasenfläche angelegt. Nach der Beisetzung einer Urne wird die Beisetzungsstelle nicht durch Hügel, Einfassung oder sonstige Gestaltung als Grabstätte kenntlich gemacht. Ein besonderer Hinweis auf den Beigesetzten durch Grabkreuz, Namensschilder oder Gedenktafel ist nicht möglich. Grabschmuck und Anpflanzungen sind nicht gestattet.

Anonyme Bestattungen werden grundsätzlich in den Ortsteilen Adorf und Flechtdorf vorgenommen.

§ 28 Urnenrasengrabstätten

- (1) Urnenrasengrabstätten sind Wahlgrabstätten in besonders ausgewiesenen Grabfeldern für die Beisetzung von bis zu zwei Urnen.
- (2) Das Nutzungsrecht an einer Urnenrasengrabstätte wird für eine Nutzungszeit von 30 Jahren verliehen.
- (3) Die Urnenrasengrabstätten haben ein Maß von 0,90 x 0,90 m.
- (4) Die Kennzeichnung der Urnenrasengrabstätte erfolgt durch den/die Nutzungsberechtigten, mit einer Grabplatte aus Naturstein (für die gesamte Grabstätte).

Die Grabplatte bedarf der Genehmigung nach § 33, ist mittig, flach in die Rasenfläche der Grabstätte einzulassen und ohne hervorstehende Teile anzubringen.

Bei der Abmessung der Grabplatte sind die Maße von 30 cm x 40 cm oder 40 cm x 40 cm und eine Mindeststärke von 5 cm einzuhalten. Die

Grabplatte darf nur mit eingravierter/eingelassener Schrift oder einer eingelassenen Bronzetafel (ohne hervorstehende Teile) versehen werden.

- (5) Die Anlage und Pflege der Urnenrasengräber obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung. Die Bepflanzung der Grabstätte sowie die Ablage jeglicher Art von Blumenschmuck ist nur im Rahmen der Trauerfeier erlaubt. Abgestellte Blumenschalen oder andere Gegenstände werden von der Friedhofsverwaltung ohne Ankündigung beseitigt.

D. Weitere Grabarten

§ 29 Gemeinschaftliche Bestattungsanlage für totgeborene Kinder und Föten

- (1) Auf dem Friedhof in Adorf hält die Gemeinde ein zentrales Feld für die gemeinschaftliche Bestattung von totgeborenen Kindern, welche vor Ablauf der 24. Schwangerschaftswoche geboren worden sind bzw. bei der Geburt weniger als 500 Gramm gewogen haben und Föten vor. Sie ist als Rasenfläche angelegt und enthält einen zentralen Gedenkstein mit Ablagefläche für Blumen und kleine Gegenstände in Erinnerung an die bzw. den Verstorbenen.
- (2) Die Pflege, Unterhaltung und sonstige Bewirtschaftung der Anlage und das Abräumen des Blumenschmucks an dem zentralen Gedenkstein erfolgt durch die Gemeinde.
- (3) Der Erwerb eines individuellen Nutzungsrechtes erfolgt nicht.

§ 30 Baumgrabstätten

- (1) Baumgrabstätten sind Wahlgrabstätten für Bestattungen von Ascheresten an besonders ausgewiesenen Bäumen im Wurzelbereich der Bäume. Die Beisetzung darf nur in einer biologisch abbaubaren Urne erfolgen.
- (2) In einer Baumgrabstätte können bis zu zwei Urnen beigesetzt werden.
- (3) Das Nutzungsrecht an Baumgrabstätten wird für die Dauer von 30 Jahren verliehen.
- (4) Die Beisetzung in einer Baumgrabstätte ist auf allen Friedhöfen möglich, sofern auf diesen die Voraussetzungen vorliegen und sie über für die Beisetzung in einer Baumgrabstätte ausgewiesene Bäume verfügen.

Sollte der Baum im Laufe des Nutzungsrechtes beschädigt oder zerstört werden, ist die Gemeinde zur Ersatzpflanzung eines neuen Baumes berechtigt/verpflichtet.

- (5) Die Kennzeichnung der Baumgrabstätte erfolgt durch den/die Nutzungsberechtigten, mit einer Grabplatte aus Naturstein (für die gesamte Grabstätte).

Die Grabplatte bedarf der Genehmigung nach § 33, ist mittig, flach in die Rasenfläche der Grabstätte einzulassen und ohne hervorstehende Teile anzubringen.

Bei der Abmessung der Grabplatte sind die Maße von 30 cm x 40 cm oder 40 cm x 40 cm und eine Mindeststärke von 5 cm einzuhalten. Die Grabplatte darf nur mit eingravierter/eingelassener Schrift oder einer eingelassenen Bronzetafel (ohne hervorstehende Teile) versehen werden.

Es ist untersagt, die Bäume darüber hinaus zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Weise zu verändern.

- (6) Die Bepflanzung der Grabstätte sowie die Ablage jeglicher Art von Blumenschmuck ist nur im Rahmen der Trauerfeier erlaubt. Abgestellte Blumenschalen oder andere Gegenstände werden von der Friedhofsverwaltung ohne Ankündigung beseitigt.
- (7) Die Anlage und Pflege der Grabstätte obliegt ausschließlich der Gemeinde. Pflegeeingriffe sind insbesondere zulässig, soweit dieses aus Gründen der Verkehrssicherheit geboten ist. Ansonsten soll der Baumbestand in weitgehend naturbelassenem Zustand verbleiben.

§ 31 Erdrasengrabstätten

- (1) Erdrasengrabstätten sind für eine Erdbestattung bestimmte Grabstätten, die der Reihe nach belegt und im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist des zu Bestattenden abgegeben werden. Eine Verlängerung des Nutzungsrechts oder ein Wiedererwerb ist nicht möglich.
- (2) Das Nutzungsrecht an einer Erdrasengrabstätte wird für eine Nutzungszeit von 25 Jahren verliehen.
- (3) Die Kennzeichnung der Erdrasengrabstätte erfolgt durch den/die Nutzungsberechtigten, mit einer Grabplatte aus Naturstein.

Die Grabplatte bedarf der Genehmigung nach § 33, ist flach in die Rasenfläche einzulassen und ohne hervorstehende Teile anzubringen.

Bei der Abmessung der Grabplatte sind die Maße von 30 cm x 40 cm oder 40 cm x 40 cm und eine Mindeststärke von 5 cm einzuhalten. Die Grabplatte darf nur mit eingravierter/eingelassener Schrift oder einer eingelassenen Bronzetafel (ohne hervorstehende Teile) versehen werden.

- (4) Die Anlage und Pflege der Erdrasengräber obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung. Die Bepflanzung der Grabstätte sowie die Ablage jeglicher Art von Blumenschmuck ist nur im Rahmen der Trauerfeier erlaubt. Abgestellte Blumenschalen oder andere Gegenstände werden von der Friedhofsverwaltung ohne Ankündigung beseitigt.

V. Gestaltung der Grabstätten

§ 32 Allgemeine Gestaltungsvorschriften

Für sämtliche Friedhöfe gelten folgende allgemeine Gestaltungsvorschriften:

1. Jede Grabstätte ist spätestens nach 2 Jahren mit einem Grabmal und einer Grabeinfassung zu versehen, mit Ausnahme folgender Grabarten: anonyme Urnengrabstätte, Sammelbestattungen für totgeborene Kinder und Föten, Baumgrabstätten, Urnenrasengrabstätten und Erdrasengrabstätten.
2. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck sowie die Würde des Ortes und die Pietät gewahrt werden.
3. Auf den Grabstätten dürfen insbesondere zum Gedenken an die dort Ruhenden Grabmale errichtet und sonstige Grabausstattungen angebracht werden. Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen aus wetterbeständigem Werkstoff hergestellt sein.
4. Grabmale und sonstige Grabausstattungen müssen standsicher im Sinne von § 34 sein.
5. Die Mindeststärke der Grabmale beträgt ab 0,40 m bis 1,0 m Höhe 0,14 m.
6. Grabmale sollten in der Gestaltung nicht von dem allgemeinen Bild abweichen, dürfen nicht größer als die Grabstätte selbst sein und die maximale Höhe von 1,0 m nicht überschreiten.
7. Die völlige Abdeckung einer Grabstätte durch eine Platte ist zulässig.
8. Firmenbezeichnungen dürfen nur an Grabmalen und zwar in unauffälliger Weise seitlich angebracht werden.

§ 33 Genehmigungserfordernis für Grabmale und -einfassungen

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen und Grabeinfassungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ohne Zustimmung sind bis zur Dauer von 2 Jahren nach der Bestattung provisorische Grabmale als Holztafeln bis zur Größe von 15 x 30 cm und Holzkreuze zulässig.
- (2) Die Zustimmung ist unter Vorlage von Zeichnungen in doppelter Ausfertigung im Maßstab 1:10 zu beantragen. Auf dem Antrag und den Zeichnungen müssen alle Einzelheiten der Anlage, insbesondere Art und Bearbeitung des Werkstoffs sowie Inhalt, Form und Anordnung der Inschrift ersichtlich sein. Auf Verlangen sind Zeichnungen in größerem Maßstab oder Modelle vorzulegen.
- (3) Die Errichtung und jede Veränderung sonstiger Grabausstattungen, die auf Dauer angebracht werden sollen, wie Weihwassergefäße, Kerzenhalter, besondere Steine für Inschrift usw., bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Abs. 2 gilt entsprechend.
- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal, die Grabeinfassung oder die sonstige Grabausstattung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Zustimmung errichtet worden sind.
- (5) Ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Friedhofsverwaltung errichtete oder mit den vorgelegten Zeichnungen und Angaben nicht übereinstimmende Anlagen müssen entfernt oder den Zeichnungen und Angaben entsprechend verändert werden. Die Friedhofsverwaltung kann die für ein Grab Sorgepflichtige oder Nutzungsberechtigte oder den für ein Grab Sorgepflichtigen oder Nutzungsberechtigten schriftlich auffordern, innerhalb angemessener Frist die Anlage zu entfernen oder zu verändern. Wird der Aufforderung nicht rechtzeitig Folge geleistet, so kann die Anlage im Wege der Ersatzvornahme durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden. Die dadurch entstehenden Kosten sind vom Verpflichteten zu erstatten.

§ 33 a Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit

- (1) Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein dürfen nur aufgestellt werden, wenn sie nachweislich ohne schlimmste Formen von Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der internationalen Arbeitsorganisation vom 17.06.1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt worden sind. Herstellung umfasst dabei

sämtliche Bearbeitungsschritte von der Gewinnung des Natursteins bis zum Endprodukt.

- (2) Für die Nachweiserbringung gilt § 6 a Abs. 2 und 3 FBG in der jeweils gültigen Fassung.

§ 34 Standsicherheit

- (1) Grabmale sind nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks, die in den Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmalen des Bundesinnungsverbandes des Deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerks (Versetzrichtlinien) festgelegt sind, so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend

Mit dem Antrag auf Zustimmung gem. § 33 Abs. 2 sind schriftliche Angaben über die Art der Fundamentierung und der Befestigung, insbesondere die Größe und Stärke der Fundamente vorzulegen. Falls durch die danach vorgesehene Fundamentierung und Befestigung eines Grabmals dessen Standsicherheit nicht gewährleistet erscheint, kann die Friedhofsverwaltung die erforderliche Änderung vorschreiben. Die Friedhofsverwaltung kann überprüfen, ob die vorgeschriebene Fundamentierung durchgeführt worden ist und gegebenenfalls Abhilfe verlangen.

- (2) Die Inhaberin/der Inhaber der Grabstätte bzw. die/der Nutzungs-berechtigte sind verpflichtet, das Grabmal im Jahr mindestens einmal und zwar nach Beendigung der Frostperiode auf ihre Standfestigkeit hin fachmännisch zu überprüfen oder auf ihre Kosten durch Fachleute überprüfen zu lassen, gleichgültig, ob äußerliche Mängel erkennbar sind oder nicht. Dabei festgestellte Mängel sind unverzüglich auf eigene Kosten zu beseitigen oder beseitigen zu lassen. Inhaberinnen/Inhaber von Grabstätten und Nutzungs-berechtigte, welche diesen Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommen, haften für sich daraus ergebende Schäden.
- (3) Wird der ordnungswidrige Zustand eines Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofs-verwaltung nicht innerhalb einer jeweils festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen vorläufig zu sichern (z. B. Absperrung, Umlegung von Grabmalen) oder zu entfernen. Die Gemeinde ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate

aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und Aufkleber auf dem Grabmal bzw. der sonstigen baulichen Anlage, der für die Dauer von einem Monat angebracht wird.

Bei unmittelbar drohender Gefahr ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich.

- (4) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofs erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und Pflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmung zu beteiligen.

§ 35 Beseitigung von Grabmalen und -einfassungen

- (1) Grabmale, Grabeinfassungen und sonstige Grabausstattungen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung durch diese oder von ihr beauftragte Dritte von der Grabstelle entfernt werden.
- (2) Nach Ablauf der Ruhefrist bei Reihen- und Urnenreihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahl- und Urnenwahlgrabstätten werden Grabmale, Einfassungen und sonstige Grabausstattungen einschließlich der Fundamente und Befestigungsmaterialien von der Friedhofsverwaltung oder deren Beauftragten entfernt. Die Nutzungsberechtigten erhalten innerhalb einer gesetzten Frist von 3 Monaten die Möglichkeit abgeräumte Grabmale und die Abdeckplatten der Kammern bei Urnenwänden an einem zentralen Platz abzuholen. Die Friedhofsverwaltung ist jedoch nicht verpflichtet, ein Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen über diesen Zeitpunkt hinaus zu verwahren. Grabmale oder bauliche Anlagen gehen entschädigungslos in das Eigentum der Gemeinde über, soweit dies bei Erwerb des Nutzungsrechts oder bei Genehmigung für die Errichtung des Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen schriftlich vereinbart wurde. Ist eine derartige Vereinbarung nicht getroffen worden, kann die Friedhofsverwaltung diese nach entsprechender Veröffentlichung entsorgen.

VI. Herrichtung, Bepflanzung und Unterhaltung der Grabstätten

§ 36 Bepflanzung von Grabstätten

- (1) Alle Grabstätten – mit Ausnahme dem Feld für anonyme Urnenbeisetzungen, dem Sammelbestattungsplatz für totgeborene Kinder und Föten sowie den Urnenrasengrabstätten, Baumgrabstätten und Erdrasengrabstätten – sind zu bepflanzen und dauernd instand zu halten. Bei der Bepflanzung und Pflege sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere des Gewässer- und Bodenschutzes zu beachten.
- (2) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, die eine Höhe 0,40 m nicht überschreiten, andere Grabstätten und öffentliche Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Das Pflanzen, Umsetzen oder Beseitigen von Bäumen, großwüchsigen Sträuchern und Hecken bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Unzulässig ist das Bepflanzen der Grabstätten mit Gehölzen, die ein Höchstmaß von 1 m überschreiten können.
Für Schäden, die durch auf einer Grabstätte gepflanzte Bäume, Sträucher, Hecken oder ähnliche Anpflanzungen an Grabmalen, Grabeinfassungen oder sonstigen Grabausstattungen benachbarter Grabstätten oder an öffentlichen Anlagen und Wegen verursacht werden, haften die Nutzungsberechtigten der Grabstätte, deren Bepflanzung die Schäden verursacht.
- (3) Auf den Grabstätten dürfen nur Kränze, Grabgebinde oder ähnlicher Grabschmuck abgelegt werden, die ausschließlich unter Verwendung von verrottbaren Materialien hergestellt sind.
- (4) Verwelkte Blumen und Kränze sind durch die Nutzungsberechtigten von den Grabstätten zu entfernen. Geschieht dies nicht, so kann die Friedhofsverwaltung nach angemessener Frist die Blumen und Kränze ohne Ankündigung beseitigen.
Blumen und Kränze sowie sonstiger von Grabstätten abgeräumter pflanzlicher Grabschmuck dürfen nur in die eigens dafür aufgestellten Behältnisse bzw. den dafür eingerichteten Plätzen abgelegt werden.
- (5) Zur Unkrautbekämpfung dürfen keine Mittel verwendet werden, die eine Grundwasserverunreinigung verursachen können.
- (6) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung von gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.

- (7) Gießkannen, Spaten, Harken und andere Geräte dürfen nicht auf den Grabstätten oder hinter den Grabmalen und in den Anpflanzungen aufbewahrt werden.

§ 37 Herrichtungsverpflichtung und friedhofswürdige Unterhaltung

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 36 hergerichtet und dauernd instand gehalten werden.
- (2) Reihen- und Urnenreihengrabstätten müssen innerhalb von 6 Monaten nach der Bestattung, Wahl- und Urnenwahlgrabstätten innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts bzw. der zuletzt vorgenommenen Beisetzung hergerichtet werden.
- (3) Wird eine Reihengrabstätte während der Dauer der Ruhefrist, eine Wahlgrabstätte während der Dauer des Nutzungsrechts über einen längeren Zeitraum nicht entsprechend den Bestimmungen dieser Friedhofsordnung in friedhofswürdiger Weise instand gehalten und gepflegt, so ist der oder dem Nutzungsberechtigten schriftlich eine angemessene Frist zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten zu setzen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Aufkleber auf dem Grabmal bzw. der sonstigen baulichen Anlage, der für die Dauer von einem Monat angebracht wird. Nach erfolglosem Ablauf der Frist zur Instandhaltung und Pflege der Grabstätte kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der oder des Nutzungsberechtigten abräumen, einebnen und einsäen lassen.

VII. Schluss- und Übergangsvorschriften

§ 38 Übergangsregelung

- (1) Bei Grabstätten, über welche die Gemeinde bei In-Kraft-Treten dieser Friedhofsordnung bereits verfügt hat, bestimmt sich die Nutzungsdauer und die Gestaltung nach den zum Zeitpunkt des Erwerbs des Nutzungsrechts geltenden ortsrechtlichen Vorschriften.
- (2) Vor dem In-Kraft-Treten dieser Satzung entstandene Nutzungsrechte von unbegrenzter Dauer werden je nach Grabart auf die nach dieser Satzung für Reihengräber bzw. Wahlgräber geltende Nutzungszeit begrenzt. Die Nutzungszeit endet jedoch nicht vor Ablauf der Ruhefrist der zuletzt vorgenommenen Beisetzung; ist die Ruhefrist für die zuletzt vorgenommene Beisetzung bereits abgelaufen, endet die Nutzungszeit 12 Monate nach In-Kraft-Treten dieser Satzung.

- (3) Vor dem In-Kraft-Treten dieser Satzung aufgestellte Grabmale, Einfassungen und sonstige Grabausstattungen sind innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhefrist bei Reihen- und Urnenreihengrabstätten bzw. nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahl- und Urnenwahlgrabstätten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Erfolgt der Abbau und die Entsorgung durch die Friedhofsverwaltung oder deren Beauftragte sind die hierfür entstehenden Kosten nach der jeweiligen Gebührenordnung zum Zeitpunkt der Durchführung der Arbeiten zu erstatten. Kommen die Nutzungsberechtigten ihren Verpflichtungen nach S. 1 nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte auf deren Kosten abräumen zu lassen.

§ 39 Listen

Es werden folgende Listen geführt:

- a) Ein Grabregister der beigesetzten Personen mit den laufenden Nummern der Reihengrabstätten, der Wahlgrabstätten, der Urnengrabstätten, der Urnenrasengrabstätten, der Baumgrabstätten, der Erdrasengrabstätten und der Positionierung im anonymen Urnenfeld,
- b) eine Namenskartei der beigesetzten Personen unter Angabe des Beisetzungzeitpunktes,
- c) ein Verzeichnis nach § 34 Abs. 4 dieser Friedhofsordnung.

§ 40 Gebühren

Für die Inanspruchnahme (Benutzung) des Friedhofs und seiner Einrichtungen und Anlagen sowie für damit zusammenhängende Amtshandlungen der Friedhofsverwaltung sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

§ 41 Haftung

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Sie haftet nicht für Diebstahl. Im Übrigen haftet die Gemeinde nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

§ 42 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) außerhalb der gem. § 6 festgelegten Öffnungszeiten den Friedhof betritt oder sich dort aufhält,
 - b) entgegen § 7 Abs. 2 Buchst. b) Waren oder gewerbliche Dienste anbietet,
 - c) entgegen § 7 Abs. 2 Buchst. c) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt,
 - d) entgegen § 7 Abs. 2 Buchst. d) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig fotografiert,
 - e) entgegen § 7 Abs. 2 Buchst. g) Abraum und Abfälle außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze ablegt,
 - f) entgegen § 9 Abs. 1 gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof ohne vorherige Zulassung durch die Friedhofsverwaltung ausführt,
 - g) entgegen § 9 Abs. 7 gewerbliche Arbeiten an Sonn- oder Feiertagen oder außerhalb der festgelegten Zeiten ausführt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von 5,-- € bis 1.000,-- €, (§ 17 Abs. 1 OWiG) bei fahrlässiger Zu widerhandlung bis 750,-- € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Gemeindevorstand.

§ 43 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Friedhofsordnung der Gemeinde Diemelsee außer Kraft. § 38 bleibt unberührt.

Ausfertigung:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem hierzu ergangenen Beschluss der Gemeindevorstellung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Diemelsee, den 02.12.2024

Siegel

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Diemelsee
gez. Volker Becker
- Bürgermeister -



Gebührenordnung zur Friedhofsordnung

der Gemeinde Diemelsee

Aufgrund der §§ 5 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung v. 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16.02.2023 (GVBl. S. 90, 93), der §§ 1 bis 6 a und 9, 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben v. 24.03.2013 (GVBl. I S. 134) zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 247) und des § 40 der Friedhofsordnung der Gemeinde Diemelsee vom 02.12.2024 hat die Gemeindevorvertretung in der Sitzung vom 18.12.2024 für die Friedhöfe der Gemeinde Diemelsee folgende Satzung (Gebührenordnung) beschlossen:

I. Gebührenpflicht

§ 1 Gebührenerhebung

Für die Inanspruchnahme (Benutzung) der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen und Anlagen im Rahmen der Friedhofsordnung der Gemeinde Diemelsee vom 02.12.2024 sowie für damit zusammenhängende Amtshandlungen (gebührenpflichtige Leistungen) werden Gebühren nach Maßgabe dieser Gebührenordnung erhoben.

§ 2 Gebührenschuldner

- (1) Schuldnerin oder Schuldner der Gebühren für Leistungen nach der Friedhofsordnung sind:
- die Antragstellerin oder der Antragsteller,
 - bei Bestattungen die Personen, die nach dem Hessischen Friedhofs- und Bestattungsgesetz (FBG) bei Verstorbenen die erforderlichen

Sorgemaßnahmen zum Schutz der Gesundheit und der Totenruhe zu veranlassen haben.

Angehörige in diesem Sinne sind der Ehegatte, der Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, Kinder, Eltern, Enkel, Geschwister sowie Adoptiveltern und –kinder.

Lebte der Verstorbene im Zeitpunkt seines Todes in einem Krankenhaus, einer Pflege- oder Gefangenenenanstalt, einem Heim, einer Sammelunterkunft oder einer ähnlichen Einrichtung, so ist der/die Leiter/-in dieser Einrichtung oder deren Beauftragte Verpflichteter im obigen Sinne, wenn Angehörige innerhalb der für die Bestattung bestehenden Zeit nicht aufzufinden sind.

- c) bei Umbettungen und Wiederbestattungen i. S. v. § 13 Abs. 3 der Friedhofsordnung ausschließlich die Antragstellerin oder der Antragsteller,
- d) diejenige Person, die sich der Gemeinde gegenüber schriftlich zur Tragung der Kosten verpflichtet hat.

(2) Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Entstehung der Gebührenschuld, Fälligkeit

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Inanspruchnahme von Leistungen nach der Friedhofsordnung.
- (2) Die Gebühren sind einen Monat nach Bekanntgabe des entsprechenden Gebührenbescheids fällig.
- (3) Für nicht aufgeführte Gebührentatbestände kann die Friedhofsverwaltung individuell Gebührensätze ermitteln.

II. Gebührenarten

§ 4 Gebühren für die Benutzung der Leichenhallen/Sargkammern und der Friedhofskapellen

- (1) Für die Benutzung der Leichenhalle/Sargkammer werden folgende Gebühren erhoben:
 - a) Benutzung der Leichenhalle/Sargkammer 40,00 €

- b) Benutzung der Leichenhalle/Sargkammer je angefangenen Tag, sofern keine Bestattung in Diemelsee stattfindet 53,00 €
 - c) Benutzung Kühlung je angefangenen Tag 10,00 €
 - d) Fallen Reinigungskosten an, werden die tatsächlich angefallenen Kosten berechnet, mindestens jedoch 25,00 €
- (2) Für die Benutzung der Friedhofskapellen werden folgende Gebühren erhoben:
- a) Benutzung der Friedhofskapelle und Nebenräume in Adorf 130,00 €
 - b) Benutzung der Friedhofskapellen und Nebenräume in Flechtdorf und Rhenegege 110,00 €
 - c) Benutzung der Friedhofskapellen und Nebenräume in Benkhausen und Heringhausen 90,00 €
 - d) Fallen Reinigungskosten an, werden die tatsächlich angefallenen Kosten berechnet, mindestens jedoch 37,00 €

§ 5 Bestattungsgebühren

- (1) Für das Ausheben und Schließen eines Grabes werden folgende Gebühren erhoben:
- a) bei der Bestattung der Leiche Verstorbener ab dem vollendeten 5. Lebensjahr 570,00 €
 - b) bei der Bestattung der Leiche Verstorbener bis zum vollendeten 5. Lebensjahr 215,00 €
 - c) bei der Beisetzung einer Urne 220,00 €
- (2) Für Bestattungen an Samstagen gemäß § 10 Abs. 4 der Friedhofsordnung wird folgender Zuschlag berechnet:
- a) bei Erdbestattungen 300,00 €
 - b) bei Urnenbeisetzungen 150,00 €

- (3) Die Bestattung von totgeborenen Kindern, die vor Ablauf des sechsten Schwangerschaftsmonats verstorben sind und Föten in einem Sammelbestattungsfeld erfolgt kostenlos.

§ 6 Erwerb des Nutzungsrechts an einer Reihengrabstätte

Für die Überlassung einer nicht verlängerbaren Reihengrabstätte (Einzelgrabstätte) für die Dauer von 25 Jahren und die Nutzung der Friedhofseinrichtungen und –anlagen werden folgende Gebühren erhoben:

- | | | |
|----|--|------------|
| a) | Reihengrab zur Beisetzung eines Verstorbenen ab
Vollendung des 5. Lebensjahres | 900,00 € |
| b) | Reihengrab zur Beisetzung eines Verstorbenen
bis
zur Vollendung des 5. Lebensjahres | 300,00 € |
| c) | Urneneinhengrabstätte | 600,00 € |
| d) | Anonyme Urnengrabstätte (Friedhof Adorf oder
Flechtdorf),
einschließlich Rasenpflege | 800,00 € |
| e) | Erdrasengrabstätte, einschließlich Rasenpflege | 1.000,00 € |

§ 7 Erwerb von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten

- (1) Für die Überlassung einer verlängerbaren Wahlgrabstätte für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit gem. § 21 Abs. 1 der Friedhofsordnung) und die Nutzung der Friedhofseinrichtungen und –anlagen werden folgende Gebühren erhoben:

- | | | |
|----|---|------------|
| a) | einstellige Wahlgrabstätte | 1.050,00 € |
| b) | zweistellige Wahlgrabstätte | 1.860,00 € |
| c) | jede weitere Grabstelle einer Wahlgrabstätte je | 1.050,00 € |

- | | |
|---|------------|
| d) Urnenwahlgrabstätte mit bis zu 2 Urnen | 1.140,00 € |
| e) Urnenrasengrabstätte mit bis zu 2 Urnen,
einschließlich Rasenpflege | 1.080,00 € |
| f) Baumgrabstätte mit bis zu 2 Urnen,
einschließlich Rasenpflege | 1.470,00 € |
| (2) Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte werden je Grabstätte pro Jahr 1/30 der Gebühren nach Abs. 1 a) bis f) erhoben. | |
| (3) Für den Wiedererwerb einer Wahlgrabstätte bzw. Urnenwahlgrabstätte gelten Abs. 1 und 2 entsprechend. | |

§ 8 Gebühren für Grabräumung (Einebnung)

- | | |
|---|----------|
| (1) Für die Räumung einer Grabstätte durch die Friedhofsverwaltung bzw. von ihr beauftragte Dritte (§ 35 Abs. 2 der Friedhofsordnung) werden folgende Gebühren erhoben: | |
| a) Für die Beseitigung von Grabmalen, Abdeckplatten, Fundamenten, Befestigungsmaterialien, Grabeinfassungen und Gewächsen | |
| 1) bei Reihengrabstätten | 380,00 € |
| 2) bei einstelligen Wahlgrabstätten | 380,00 € |
| 3) bei zweistelligen Wahlgrabstätten | 510,00 € |
| 4) bei jeder weiteren Stelle der Wahlgrabstätte | 180,00 € |
| 5) bei Urnenreihengrabstätten | 340,00 € |
| 6) bei Urnenwahlgrabstätten | 370,00 € |
| 7) bei Urnenrasen-, Baum- und Erdrasengrabstätten | 170,00 € |

- b) Die Grabräumungsgebühren entstehen abweichend von § 3 Abs. 1 bei Überlassung der Grabstätte.
- (2) Für die Räumung einer Grabstätte, die vor dem 01.01.2025 aufgestellt wurde (§ 38 Abs. 3 der Friedhofsordnung), werden bei Durchführung der Arbeiten durch die Friedhofsverwaltung bzw. von ihr beauftragte Dritte folgende Gebühren erhoben:
- a) Für die Beseitigung von Grabmalen, Abdeckplatten, Fundamenten, Befestigungsmaterialien, Grabeinfassungen und Gewächsen
- | | |
|---|----------|
| 1) bei Reihengrabstätten | 310,00 € |
| 2) bei einstelligen Wahlgrabstätten | 310,00 € |
| 3) bei zweistelligen Wahlgrabstätten | 420,00 € |
| 4) bei jeder weiteren Stelle der Wahlgrabstätte | 150,00 € |
| 5) bei Urnenreihengrabstätten | 280,00 € |
| 6) bei Urnenwahlgrabstätten | 300,00 € |
| 7) bei Urnenrasen-, Baum- und Erdrasengrabstätten | 140,00 € |
- b) Die Gebühren entstehen nach erfolgter Abräumung.

§ 9 Pflegegebühr bei vorzeitiger Grabräumung (Einebnung) von Gräbern vor Ablauf der Ruhefrist

Für die Pflege von vor Ablauf der Ruhefrist bzw. Nutzungszeit eingeebneten Gräbern werden pro vollem Kalenderjahr folgende Pflegegebühren für die Restruhezeit im Voraus erhoben:

- | | |
|--|---------|
| a) für Reihengrabstätte, je Jahr | 40,00 € |
| b) für eine einstellige Wahlgrabstätte, je Jahr | 40,00 € |
| c) für eine zweistellige Wahlgrabstätte, je Jahr | 70,00 € |

d)	für jede weitere Grabstelle der Wahlgrabstätte, je Jahr	30,00 €
e)	für eine Urnenreihengrabstätte, je Jahr	25,00 €
f)	für eine Urnenwahlgrabstätte, je Jahr	35,00 €

§ 10 Umbettungsgebühren

Für Umbettungen, die durch die Friedhofsverwaltung bzw. durch von ihr beauftragte Dritte ausgeführt werden, werden Gebühren nach tatsächlichem Aufwand erhoben. Die Umbettungsgebühren umfassen folgende Tätigkeiten der Gemeinde Diemelsee:

- (1) Umbettung einer Leiche nach einem anderen Friedhof in eine andere Stadt/Gemeinde
- (2) Umbettung einer Aschenurne nach einem anderen Friedhof in eine andere Stadt/Gemeinde

§ 11 Verwaltungsgebühren

(1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten der Friedhofsverwaltung, die sie auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse einzelner vornimmt, erhebt die Gemeinde folgende Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen). Kostenpflicht besteht auch, wenn ein auf Vornahme einer Amtshandlung oder sonstigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag oder ein Widerspruch zurückgenommen, abgelehnt oder zurückgewiesen oder die Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen wird:

- a) für die Prüfung und Zustimmung zu einer Umbettung von Leichen und Aschen (§ 13 Abs. 2 der Friedhofsordnung) werden Kosten nach tatsächlichem Aufwand berechnet, mindestens jedoch 90,00 €
- b) für die Prüfung und Genehmigung der Errichtung und Veränderung von Grabmalen, Grabeinfassungen sowie sonstigen Grabausstattungen (§ 33 der Friedhofsordnung) 45,00 €

- c) für die Prüfung und Genehmigung der vorzeitigen Grabräumung (Einebnung) von Grabmalen, Grabeinfassungen und sonstigen Grabausstattungen (§ 35 Abs. 1 der Friedhofsordnung) 45,00 €
- d) für die Prüfung und Genehmigung der Bestattung einer nach § 3 Abs. 3 der Friedhofsordnung nicht bestattungsberechtigten Person 90,00 €
- e) für die Prüfung und Genehmigung eines Wiedererwerbs und einer Verlängerung einer Wahlgrabstätte 60,00 €
- f) für die Übertragung des Nutzungsrechtes an Angehörige (§ 21 Abs. 5 der Friedhofsordnung) 30,00 €
- g) für die Ausstellung von Graburkundenabschriften je Urkunde 10,00 €
- h) für beantragte sonstige Leistungen, für die diese Gebührenordnung keinen besonderen Tatbestand enthält, je angefanger Stunde 60,00 €

- (2) Die Kostenschuld entsteht mit Eingang des Antrages. Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.
- (3) Die Verwaltungskosten werden sofort fällig.
- (4) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
 - a) wer die Amtshandlung oder sonstige Verwaltungstätigkeit der Gemeinde veranlasst oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird,
 - b) wer die Kosten durch eine vor der zuständigen Stadt-/Gemeindebehörde abgegebenen oder ihr mitgeteilten Erklärung übernommen hat,

c) wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 12 Umsatzsteuer

Soweit Leistungen aus dieser Gebührenordnung der Umsatzsteuer unterliegen, ist die Umsatzsteuer von dem Pflichtigen zusätzlich zu entrichten.

§ 13 Rechtsbehelfe/Zwangsmittel

- (1) Die Rechtsbehelfe gegen Gebührenbescheide aufgrund dieser Satzung regeln sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Für die zwangsweise Durchsetzung der im Rahmen dieser Satzung erlassenen Gebührenbescheide gelten die Vorschriften des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

§ 14 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Gebührenordnung zur Friedhofsordnung vom 04.12.1998 und deren Nachträge außer Kraft.

Ausfertigung:

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit dem hierzu ergangenen Beschluss der Gemeindevertretung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Diemelsee, den 19.12.2024

Siegel

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Diemelsee
gez. Volker Becker
- Bürgermeister -